

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

LKW-Struktur auf personenunabhängige Organisationsform zurückführen

Unterschiedliche Auffassungen über Organisation der Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) – FBP für zukunftsorientierte Regelung

(G. M.) – Kann ein Mitglied des Verwaltungsrates der Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) gleichzeitig auch im operativen Bereich der Geschäftsleitung tätig sein? Verträgt sich diese Konstellation mit den Anforderungen an eine Gewaltenteilung? Diese Fragen standen im Landtag im Vordergrund, als über einen Bericht der Regierung über die LKW-Organisationsstruktur diskutiert wurde. Die FBP-Fraktion, welche die Interpellation eingereicht hatte, stellte sich auf den Standpunkt, dass die derzeit personenunabhängige Organisationsform möglichst bald in eine personenunabhängige Struktur zurückgeführt werden müsse.

Privatisierungen oder Teilprivatisierungen stehen derzeit hoch im Kurs und sind auch in unserem Land durchführbar, wie die erfolgreiche Privatisierungsstrategie der Liechtensteinischen Landesbank beweist. Die Frage der FBP-Interpellation, ob man sich auch eine volle oder teilweise Privatisierung der Liechtensteinischen Kraftwerke vorstellen könne, beantwortete die Regierung vorerst abschlägig.

In Verstaatlichung verharren

Allerdings ging die Regierung der Sache nicht auf den Grund, sondern blieb bei der Darlegung ihrer Argumente an der Oberfläche. Die volkswirtschaftliche Verpflichtung, kostengünstigen Strom zu

liefern, wie die Regierung in ihrem Bericht formulierte, könne auch bei einer Privatisierung festgeschrieben werden, meinte etwa die FBP-Abgeordnete Dr. Renate Wohlwend mit einem Hinweis auf die Privatisierung der Landesbank. «Bei den LKW zeichnet sich im Moment noch eher ab», kritisierte sie, «dass man im gesicherten Zustand der Verstaatlichung und des Beamtentums verharren möchte.» Deshalb sei sie skeptisch, ob die extern in Auftrag gegebenen Abklärungen zu einer positiven Beurteilung der Privatisierungsmöglichkeiten führen würden.

Gewaltentrennung notwendig

Landtagsvizepräsident Otmar Hasler legte den Schwerpunkt seiner Ausführungen auf die «zentrale Frage der Gewaltentrennung zwischen Geschäftsleitung und Verwaltungsrat», die nach seiner Ansicht im Regierungsbericht und in der Praxis nicht eindeutig geklärt sei. Ungeachtet der gesetzlichen Grundlage, erklärte er weiter, erscheine aus betriebswirtschaftlicher Sicht äusserst problematisch, wenn ein nebenamtlicher Verwaltungsratspräsident seine eigene Geschäftstätigkeit als Vorsitzender der Geschäftsleitung in der Folge auf Verwaltungsebene als Präsident wieder begutachte, überwache und sanktioniere.

Personenunabhängige Organisationsform

Die Interpellanten legten in ihren Ausführungen dar, zumindest konnte dies aus dem Zusammenhang herausgelesen werden, dass die jetzige Konstellation aus einer besonderen Situation heraus entstanden sei, jedoch nicht auf Dauer angelegt werden dürfe. In einer Not- oder Übergangssituation, betonte Vizepräsident Otmar Hasler, sei kurzfristig in einer Unternehmung eine personenbezogene Aufgaben- und Kompetenzzuweisung tolerierbar, doch müsse diese so rasch wie möglich wieder auf eine personenunabhängige Organisationsform zurückgeführt werden. «Aufgrund der Stellenbeschreibungen, die umfassend die Aufgaben und Kompetenzen regeln», forderte er, «müssen auf Geschäftsleitungsebene sämtliche Stellen mit vollamtlichen, vertraglich fest angestellten Personen besetzt werden.» Insbesondere erfordere dies die Verpflichtung, «wieder eine klare Gewaltentrennung zwischen Verwaltungsrat und Geschäftsleitung herbeizuführen.»

Keine Kontinuität

Aus einem anderen Blickwinkel setzte sich der FBP-Abgeordnete Werner Ospelt für eine Neustrukturierung ein: Die Kontinuität des Unternehmens sei nicht

gewährleistet, weil alle vier Jahre ein neuer Präsident gewählt werde. Nicht eine Bestellung durch den Landtag, wie beim Verwaltungsrat vorgesehen, sondern eine Ausschreibung in der Öffentlichkeit sei für eine Besetzung einer derart wichtigen Stelle erforderlich. Auch er brachte Verständnis für eine Situation auf, die ein vermehrtes Eingreifen des Verwaltungsratspräsidenten erforderlich machen könnte, doch wollte er diese Tätigkeit befristet sehen: Der damalige Verwaltungsrat habe diese heutige Konstellation nur als Übergangslösung betrachtet, so dass nicht einzusehen sei, dass eine Übergangsregelung institutionalisiert werden soll.

Auch der Abgeordnete Dr. Guido Meier (FBP) stellte die Leistung des jetzigen Verwaltungsratspräsidenten als geschäftsführendes Verwaltungsratsmitglied nicht in Frage, doch bemerkte er, dass die Organisation des LKW in eine Richtung gelaufen sei, die vom geltenden Organisationsstatut nicht gedeckt werde: «Die jetzige faktische Organisation und die Organisation gemäss Statut stimmen nicht überein und schaffen betriebswirtschaftlich und kontrollmässig eigenartige Konstellationen» – entweder müsse das Statut an die faktische Organisation oder die faktische Organisation an das Statut angepasst werden.

KOMMENTAR

Eigentlich wollte die VU-Mehrheit im letzten Landtag die Diskussion über die LKW-Organisationsstruktur verhindern, doch als die FBP-Interpellanten gemäss der Geschäftsordnung des Landtags dennoch das Wort ergriffen und eine sachgerechte, vor allem aber zukunftsgerichtete Strukturänderung an der LKW-Spitze forderten, hätten VU-Abgeordnete doch gerne mitdebattiert – doch der Zug war abgefahren, der Landtagspräsident liess eine offene Diskussion nach der Mehrheitsabstimmung nicht mehr zu. Die VU-

Maulkorb-Politik

Mehrheitspolitik hatte diesmal als Bumerang gewirkt, nachdem dieses Modell in den zurückliegenden Jahren meistens hervorragend funktioniert. Aufgrund des nicht sehr fundierten Regierungsberichtes zur FBP-Interpellation über die Organisationsstruktur der Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) versuchte die VU-Mehrheitsfraktion ein Ausbreiten der Mängel in der Öffentlichkeit zu verhindern.

Als die Einsicht zu diesem Fehlverhalten auftauchte, da war der «Maulkorb» – wie es ein FBP-Abgeordneter formulierte – schon verpasst. Erinnerungen an frühere Abstimmungen im Landtag wurden damit wach, als die VU-Mehrheitsfraktion keine Skrupel zeigte, Anträge einfach abzulehnen.

Eine Mehrheitspartei, die es nicht zulassen will, dass über ein Sachgeschäft diskutiert wird, auch wenn sie über einen Mann aus den eigenen Reihen involviert ist in die Angelegenheit, strahlt nicht gerade jene Souveränität aus, die für eine Partei mit dem Anspruch auf die Mehrheitsverantwortung von Bedeutung wäre. Unschön wirkt auch, dass in der heutigen Mehrheitspartei Kräfte mitwirken, die sich nicht in weiser Zurückhaltung üben, wenn es um die eigene Sache geht, wie das zu den üblichen Gepflogenheiten der politischen Kultur gehören würde.

Jüngstes Beispiel ist der VU-Abgeordnete Egon Gstöhl, der sich als Direktionsmitglied der Liechtensteinischen Kraftwerke (LKW) bei einem LKW-Traktandum zu Worte meldete. Wenn auf der einen Seite die Regierung und offensichtlich auch die VU-Fraktion den Überlegungen für eine Teilprivatisierung der LKW nicht viel abgewinnen kann, sondern die Nähe zwischen Strominstitut und Staat beibehalten möchte, dann wirkt der Einsatz eines Kadernmitglieds für die Aufrechterhaltung des Bestehenden etwas deplaziert.

Die Zurückhaltung in eigener Sache hatte allerdings vorher schon VU-Regierungsrat Dr. Michael Ritter abgelegt, der bei der Debatte über die Festlegung des Beschäftigungsgrades (und damit auch der Besoldung) selbst das Wort ergriff. Was in einem Kaninchen-Verein ein Vorstandsmitglied zum Ausstand veranlassen würde, bildet in der sich heranbildenden neuen politischen Kultur offensichtlich kein Hindernis mehr. Günther Meier

Kulturelle Identität als bedeutsamer Weg zur Annäherung

Eröffnung der Internationalen Tagung «Identität im deutschsprachigen Kultur- und Medienraum» – Bedeutung für einen Kleinstaat

(G.M.) – Je kleiner ein Land ist, umso bedeutsamer ist das Thema Identität. Dies erklärte Regierungsrätin Dr. Andrea Willi zur Eröffnung der Internationalen Tagung «Identität im deutschsprachigen Kultur- und Medienraum», die bis zum Freitagabend in unserem Land – mit teilweise öffentlichen Veranstaltungen – durchgeführt wird.

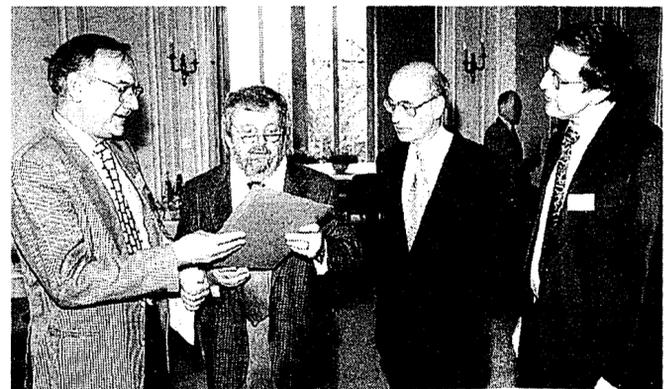
Die Tagungsteilnehmer aus allen deutschsprachigen Staaten und verschiedenen deutschsprachigen Regionen trafen sich am Mittwochmittag im Bildungshaus Stein-Egerta. Tagungsleiter Dr. Ralph Kellenberger erklärte, dass der Zweck der Tagung in erster Linie darin bestehe, die deutschsprachigen Länder und die Regionen im deutschen Kulturraum für den Austausch von Informationen über Ideen und Probleme zusammenzuführen.

Als offizieller Vertreter des Europarates sprach Botschafter Dr. Josef Wolf, Ständiger Vertreter des Fürstentums Liechtenstein in Strassburg, über Identitätsfragen, mit denen sich der Europarat seit längerer Zeit beschäftigt. Er bezeichnete die kulturelle Identität als ei-

nen wichtigen Weg zur Annäherung zwischen den Ländern. Den Zeitpunkt der Tagung erachtete er als geschickt gewählt, weil der Europarat derzeit ein ähnliches Symposium in Bratislava plant.

Der Europarat ist nach seinen Worten die älteste europäische Institution, die sich mit kulturellen Belangen in Europa beschäftigt. In diesem Zusammenhang übte Botschafter Wolf Kritik am Verhal-

ten der Regierung, die es aus finanziellen Erwägungen abgelehnt habe, dass Liechtenstein den Vorsitz einer Arbeitsgruppe über Bildung und Kultur abgelehnt habe. Er sprach von einer «verpassten Chance», denn ein Kleinstaat könne sich vor allem in kulturellen Fragen äussern und werde in diesem Bereich auch ernstgenommen. Am Abend eröffnete Regierungsrätin Dr. Andrea Willi die Tagung im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung im Theater am Kirchplatz. Unter den zahlreichen Gästen befand sich der Präsident der Peter-Kaiser-Stiftung, Dr. Herbert Batliner, sowie der Präsident des Kulturbereiches, Arnold Kind. Vor einer öffentlichen Lesung mit Schriftstellern aus vier deutschsprachigen Staaten referierte Prof. Dr. Hermann Bausinger aus verschiedenen Perspektiven über das Tagungsthema. Er zeigte die verschiedenen Identitäten auf, die sich durch die Mobilität der Bevölkerung zu verwischen drohen und deshalb nach neuen Formen suchen müssten. Eine wichtige Bedeutung kommt nach seinen Ausführungen den elektronischen Medien zu, die überall empfangen werden können.



Eröffnung der Tagung «Identität im deutschsprachigen Kultur- und Medienraum» im Bildungshaus Stein-Egerta durch Dr. Ralph Kellenberger und Botschafter Dr. Josef Wolf (rechts), die wir im Gespräch mit Fürstl. Rat Robert Allgäuer und Musikdirektor Josef Frommelt sehen. (Bild: Beat Schurte)

Die Teuerung sank im April auf 1,0 Prozent

Auf tiefstem Stand seit sieben Jahren – Stabilisierung auf tiefem Niveau erwartet

Bern/Zürich (AP) Liechtenstein und die Schweiz gehören punkto Teuerung wieder zu den Musterknaben. Im April sank die Jahresrate auf 1,0 Prozent und erreichte den tiefsten Stand seit sieben Jahren. Eine Trendwende ist laut Experten auch langfristig nicht zu befürchten, sieht man vom einmaligen Preisschub wegen der Mehrwertsteuer ab.

Nach Mitteilung des Bundesamts für Statistik (BFS) vom Mittwoch stellte sich der Landesindex der Konsumentenpreise im April auf 101,0 Punkte. Das entspricht einer Monatssteigerung von 0,1 Prozent. Weil der Index im April 1993 noch um 0,3 Prozent gestiegen war, ging die Jahresteuerrate weiter zurück, und zwar von 1,3 Prozent im März auf 1,0 Prozent im April. Vor Jahresfrist hatte die Jahresteuerrate noch 3,8 Prozent ausgemacht. Tiefer als jetzt war die Teuerung letztmals im Mai 1987 gewe-

sen, als eine Rate von 0,9 Prozent ermittelt worden war.

Die weitere Aufschlüsselung des Index zeigt, dass die Gruppenziffern für Gesundheitspflege sowie für Verkehr und Kommunikation um je 0,3 Prozent höher lagen als im Vormonat. Rückläufig war der Index für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (- 0,1 Prozent), während jener für Wohnungsmiete und Energie stabil blieb. Zum Anstieg der Gesundheitskosten trugen höhere Spitaltaxen in mehreren Kantonen sowie teurere Medikamente und der Aufschlag der Zahnarztpraxen bei. Bei Verkehr und Kommunikation schlugen Preiserhöhungen für Autos, Autoreparaturen und Garagemieten zu Buche. Die jüngste Benzinpreiserhöhung wurde von der Statistik noch nicht erfasst.

Nach Herkunft der Waren aufgeteilt, ergibt sich laut BFS eine hausgemachte

Jahresteuerrate von 1,9 Prozent, während die Importgüter eine Preisreduktion um 1,4 Prozent erfuhren. Im Monatsvergleich blieben die Importgüter auf dem gleichen Niveau, während die Inlandwaren um 0,1 Prozent teurer wurden.

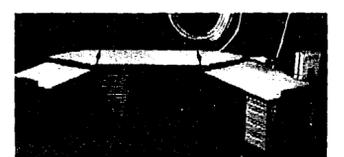
«Teuerung kein Problem»

Die jüngste Teuerungszahl entspricht ziemlich genau den Erwartungen der Konjunkturfachleute. Bereits im Mai, wenn die Mietpreise das nächste Mal erfasst werden, könnte die Jahresteuerrate die Ein-Prozent-Marke unterschreiten. Allerdings wird der Abbau – seit Jahresbeginn fiel die Jahresteuerrate stufenweise von 2,1 auf 1,0 Prozent – nicht mehr im gleichen Tempo weitergehen können, wie Martin Neff, Ökonom bei der Schweizerischen Kreditanstalt, in Zürich sagte.

huber
Klassik
Zeit
Juwelen
Edelmetalle
Uhren

VADUZ • STADTLE 34 • RATHAUSPLATZ
LECH A. ARLBERG • AMBROSIVPASSAGE

STILO-COM
modern office



STILO-com, das neue modern office Programm
com = compact, kombinierbar, kommunikativ
Alles Faktoren, die den Erfolg wirtschaftlicher Arbeit bestatigen
Lassen Sie sich durch einen Besuch bei uns überzeugen

THONY
office

FL 9494 Schaan
Bahnhofstrasse 16
Tel. 075/232 44 22